# ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald September 2023

## Guten Tag!

**Schlachthof Brensbach stellt den Betrieb ein**

Eine wichtige Einrichtung, die die Versorgung unserer Region mit lokalen Fleischerzeugnissen beliefert hat, wurde zum 1. August geschlossen. Wieder einmal zeigt sich, dass die profitorientierte, privatwirtschaftliche Form nicht den nachhaltigen Bedürfnissen unserer Bevölkerung entspricht. Die wenigsten Metzgereien schlachten die Tiere selbst, stattdessen werden sie von regionalen Schlachthöfen beliefert. Das ist sinnvoll, da der Tierschutz und die Einhaltung von Hygienemaßnahmen besser kontrolliert werden können. Kurze Wege für Lebendtransporte sind gut für die Schlachttiere und die bäuerliche Landwirtschaft. Das senkt die Kosten und verhindert die Monopolisierung durch wenige Fleischfabriken und die Anonymität der Erzeugnisse.

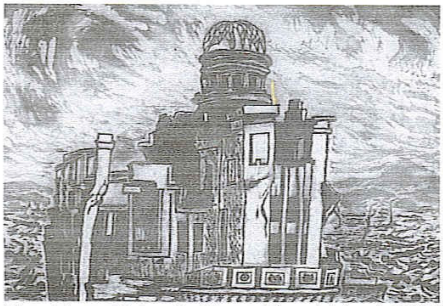
Wozu brauchen wir Kreisparlamente, Landräte und Bürgermeister, wenn solche Fragen der Daseinsfürsorge nicht mehr eigenständig gelöst werden können? Unsere Region muss alles daransetzen, dass die Fleischversorgung im Nahbereich in kommunaler oder kreisverantwortlicher Organisation und Verantwortung umgesetzt wird. Auch die Arbeitsplätze müssen in unserer Region erhalten werden.

E. Schnatz

# Weitere Eskalation des Krieges stoppen!
# Nicht in einen Atomkrieg schlittern lassen!
# Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!

Der Krieg in der Ukraine begann nicht im Februar 2022, sondern im Gefolge des Maidanputsches 2014 in der Ostukraine und kostete schon vor der russischen Intervention 14.000 Menschenleben. Versuche, ihn damals zu beenden, scheiterten auch daran, dass es die westlichen Garantiemächte mit dem Vertrag Minsk II, mit einer föderalen Lösung im Vielvölkerstaat Ukraine, nicht ernst gemeint hatten. Merkel und Hollande bezeugten das 2022. Die Machthaber in Kiew sollten Zeit zur Aufrüstung bekommen. Laut dem israelischen Ex-Premier Bennett scheiterte dann eine Verhandlungslösung nach der völkerrechtswidrigen Intervention Russlands im Frühjahr 2022 an Einsprüchen des Westens, der einen militärischen Sieg wollte. Man mag über Schuldfragen streiten, Fakt ist aber, dass der Krieg zu einem Stellvertreterkrieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Russland wurde. Mit allen Gefahren einer weiteren Eskalation, bis hin zum atomaren Inferno.

Die Lieferung von Streumunition an und deren Einsatz durch die ukrainische Armee zeigen, wie schnell weitere sog. rote Linien überschritten werden, völkerrechtlich geächtete Waffen eingesetzt werden. Deutschland hat diese Munition gemeinsam mit 110 anderen Staaten verurteilt. Es entzieht sich aber seiner vertraglichen Verpflichtung, auch Verbündete von Weitergabe und Einsatz abzuhalten. „Russland hat nach Meinung westlicher Experten Streumunition bereits eingesetzt“, las man am 21. Juli in einer hiesigen Zeitung. Wenn solche Meinungen das Aushebeln völkerrechtlicher Verträge rechtfertigen sollen, der Zweck jedes Mittel heiligt, was droht uns Menschen in Europa dann künftig noch?



Hiroshima, Holzschnitt von Kiyoshi Asai, 1945

Am 6. und 9. August 1945 wurden US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Sie töteten 140.000 bzw. 70.000 Menschen sofort. Zehntausende erkrankten und starben in den folgenden Jahrzehnten. Noch heute leiden Menschen unter den Folgen.
Am 7. Juli 2017 beschlossen 122 Staaten den UN- Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Über 50 Staaten ratifizierten ihn mittlerweile. Die Bundesregierungen reden zwar gerne vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt, doch wenn es konkret wird, boykottieren sie das Abkommen seit 6 Jahren, und verhandeln nicht mal darüber.
Wer immer da auf den ersten Schritt Anderer wartet, kommt keinen Zentimeter voran. Nicht erst der Krieg in der Ukraine lässt befürchten, dass ein Konflikt atomar eskalieren könnte.

Aus „Funke“ DKP Bad Kreuznach

## Pressemitteilung der DKP
## Verfassungsbeschwerde gegen Maulkorb für Kriegsgegner

Die beiden Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Wera Richter und Patrik Köbele haben gemeinsam mit dem Juristen Dr. Dr. Ralf Hohmann Verfassungsbeschwerde gegen die Neufassung des § 130 des Strafgesetzbuches eingelegt. Sie argumentieren, dass die Neufassung des Paragrafen einen Verstoß gegen die grundgesetzlich gesicherte Meinungsfreiheit und die grundgesetzlich vorgeschriebene Bestimmtheit eines Gesetzes darstellt. Die Verfahrensweise der parlamentarischen Beschlussfassung als sogenanntes „Omnibus-Gesetz“, also als Anhang eines anderen Gesetzes ohne inhaltlichen Bezug wird vor allem deshalb moniert, weil das Gesetz „ohne tiefgehende parlamentarische Befassung durchgepeitscht worden ist“, wie Wera Richter und Patrik Köbele erklären.
Wera Richter und Patrik Köbele erklären weiter: „Wurde der Volksverhetzungsparagraf in der Vergangenheit viel zu selten gegen die Leugnung und Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus eingesetzt, so soll er jetzt als Waffe gegen alle die genutzt werden, die die Aufrüstungs- und Kriegspolitik, die die NATO-Gefolgschaft der Bundesregierung ablehnen. Das ist Teil einer Politik des reaktionären Staatsumbaus, die wir auf allen Ebenen, auch auf der juristischen, bekämpfen. Wir gehen davon aus, dass die Neufassung des Gesetzes verfassungswidrig ist.“

# Wo bleibt die transparente, überparlamentarische Untersuchung zur Aufklärung der Nord Stream Sabotage?

Vor einem Jahr, am 26.09.2022 erfolgten terroristische Angriffe auf Nord Stream 1 und 2 und damit auf die deutsche Gasversorgung. Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines, eigentlich ein Kriegsakt gegen die europäische Energieversorgung, hat die deutsche und weitere Volkswirtschaften in eine Depression mit grassierenden Insolvenzen und Arbeitslosigkeit gestürzt.

Wer hinter diesem größten Terroranschlag in Europa steckt, bleibt indes geheim. Die Bundesregierung zeigt keinen Willen an der Aufklärung über die Auftraggeber und die Täter.

Angeblich, weil sie ***„die Interessen verbündeter Staaten nicht gefährden“*** will.

Der Verdacht und die Indizien legen nahe, dass dieser professionell durchgeführte Terrorakt von befreundeten Staaten ausgeführt wurde. Eine Beteiligung von NATO-Staaten oder sogar der Ukraine ist auch aufgrund verschiedener Enthüllungsberichte der letzten Monate nicht ausgeschlossen.

**Unsere Forderung lautet daher:**

Wir fordern einen transparenten Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Terroranschläge auf Nord Stream 1 und 2. Ein Bundestags-Untersuchungsausschuss hinter verschlossenen Türen reicht nicht aus.

Die Bevölkerung hat ein Recht auf lückenlose Aufklärung. Wir erwarten von den im Bundestag vertretenen Parteien, dass sie für Aufklärung sorgen, und dass die Ermittlungsergebnisse für alle sichtbar auf den Tisch kommen.

R. Weber

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt, E-Mail rfan@mail.de***

**dkp-michelstadt**

**dkp_michelstadt**

**DKP_Michelstadt**